71. Jahrgang. Nr. 333 — Sonnabend, 18. Juli 1931

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20 011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 RM. (einschließlich 36 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.40 RM. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 36 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 18 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Aepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Das Programm der Pariser Vorkonferenz

Brünings letzte Beratungen in Berlin

Berlin, 17. Juli. Halbamtlich wird mitgeteilt: Nachdem der Wirtschaftsausschuß des Reichskabinetts heute vormittag wieder getagt hatte, ist das Kabinett als Ganzes heute abend um 6 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten. Die Beratung gilt der Notverordnung zur Bekämpfung der Kapitalflucht und außerdem dem Fragenkomplex, der mit der Pariser Reise des Kanzlers und des Außenministers zusammenhängt. In Kreisen des Reichskabinetts ist man sich über die schwerwiegende Bedeutung dieser Reise vollkommen im klaren.

Ihr Ergebnis ist zunächst entscheidend dafür, wie sich die Devisenlage gestaltet, wenn in der nächsten Woche das Bankgeschäft wieder in normalere Formen hinübergeführt wird.

Die diplomatische Vorbereitung von Paris und London ist auch heute in zahlreichen Gesprächen mit den ausländischen Hauptstädten und den Botschaftern der Hauptmächte fortgesetzt worden. Von unterrichteter Seite wird aber betont, daß irgendwelche Bedingungen oder bestimmte

Pläne, wie sie in der Pariser Presse aufgestellt werden, der Reichsregierung nicht zur Kenntnis gebracht

worden sind. Trotzdem bezweifelt man in politischen Kreisen natürlich nicht, daß die französischen Minister dem Kanzler und dem Außenminister Wünsche vorlegen, die die deutschen Staatsmänner vor ganz schwerwiegende und verantwortungsvolle Entscheidungen stellen.

Bei der Bedeutung der bevorstehenden politischen Verhandlungen bleiben die übrigen Reichsminister in Berlin versammelt. Das Reichskabinett unter Leitung des Vizekanzlers und Reichsministers der Finanzen Dietrich wird durch den Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Pünder in ständiger Fühlung mit der deutschen Delegation bleiben.

Die Einladung selbst, die seit heute vormittag offiziell vorliegt, ist in der höflichsten und zuvorkommendsten Art gehalten. Die französische Regierung hat die deutschen Herren gebeten, sich als ihre Gäste zu betrachten. Die Delegation wird jedoch aus Zweckmäßigkeitsgründen in der deutschen Botschaft wohnen. Sie kommt morgen nachmittag um 2 Uhr in Paris an.

Zum Empfang des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers werden morgen am Nordbahnhof anwesend sein: Ministerpräsident Laval, Außenminister Briand, Unterstaatssekretär Francois Poncet und der Generalsekretär im Außenministerium Philipp Berthelot.

Um 4 Uhr wird bereits die erste Besprechung stattfinden, und zwar zunächst mit den französischen Ministern. Für diese Aussprache stehen nur etwa drei bis vier Stunden zur Verfügung,

da am Abend ein Essen zu Ehren des Duke of York stattfindet, an den die französische Regierung teilnimmt. Am Sonntag wird die Besprechung dann fortgesetzt unter Zuziehung der Vertreter von England und Amerika, möglicherweise von Italien. In Berlin nimmt man an, daß Henderson am Sonntagnachmittag bereits nach London zurückkehrt, da er die große Konferenz vorbereiten muß. Die übrigen Teilnehmer werden Paris erst am Montagvormittag um 10 Uhr verlassen und um 5 Uhr nachmittags in London eintreffen.

Nach Auffassung unterrichteter Kreise ist es vollkommen unmöglich, schon jetzt eine Prognose zu stellen. Man weist immer wieder darauf hin, daß der Ausgangspunkt für die Pariser Reise in der bekannten Rundfunkrede des Reichskanzlers zu sehen ist. Es kommt darauf an, Wege zu suchen, die zu einer wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Beruhigung führen. Dazu wird betont, daß die deutsche Delegation keine Forderung annehmen wird, die der Ehre und den Interessen Deutschlands widersprechen.

Zu dem Programm der Pariser Vorkonferenz teilt die amtliche französische Havasagentur noch mit: Die für Sonntag vorgesehenen Verhandlungen werden einen mehr allgemeinen Charakter tragen, da außer den deutschen und den französischen Ministern der amerikanische, englische und italienische Außenminister aufgefordert werden sollen, teilzunehmen. Diese Verhandlungen werden wahrscheinlich nicht über den Montag früh hinaus dauern, da die englische Regierung für Montagabend in London eine Konferenz der Regierungen zur Prüfung der durch die deutsche Krise entstandenen Lage einberufen habe.

Es verstehe sich aber von selbst, daß diese Londoner Konferenz nur Zweck haben könne, wenn eine vorläufige grundsätzliche Einigung zwischen den deutschen und den französischen Ministern über die Bedingungen der französischen Mitwirkung zur finanziellen Wiederaufrichtung Deutschlands erreicht worden sei.

Ministerpräsident Laval hatte heute vormittag, wie Havas ferner berichtet, eine Unterredung mit dem italienischen Botschafter Manzoni, in deren Verlauf Laval den italienischen Botschafter gebeten hat, Außenminister Grandi, der am Sonntag nach London fährt, zur Teilnahme an den Pariser Besprechungen zwischen den deutschen und französischen, englischen und amerikanischen Ministern aufzufordern.

Der Reichskanzler bei Hindenburg

Berlin, 17. Juli. Reichspräsident v. Hindenburg empfing am Freitagnachmittag den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag.

Die deutschen Minister abgereist

Berlin, 17. Juli. Reichskanzler Brüning und Reichsaußenminister Curtius und die übrigen Herren der deutschen Abordnung haben mit dem Nordexpreß um 21,50 Uhr vom Bahnhof Friedrichstraße aus die Reise nach Paris angetreten.

Bei der Abfahrt der deutschen Minister nach Paris hatten sich auf dem Bahnhof Friedrichstraße der englische und der französische Botschafter eingefunden.

Botschafter v. Hoesch reist in Begleitung des Gesandtschaftsrats Dumont am Sonnabendvormittag nach der französischen Grenzstation Jeumont, um dort den Nordexpreß mit den deutschen Staatsmännern zu erwarten und zusammen mit ihnen die Reise nach Paris zurückzulegen.

(Weitere Meldungen über die Pariser Konferenz auf S. 2.)

Die Pariser Falle

Während die deutschen Minister im Zuge nach Paris sitzen, wird es allmählich klar, wie diese überstürzte Einladung zustandekam und was dabei geplant ist. Offenbar hat Frankreich, das gar keine Lust zu der am Montag beginnenden Londoner Konferenz verspürte, seine Zustimmung davon abhängig gemacht, daß der englische Besuch in Berlin unterbleibt und dafür eine Vorkonferenz in Paris stattfindet, auf der die Deutschen für London mürbe gemacht werden sollen. Man hat Wert darauf gelegt, daß Brüning und Curtius in Paris als Bittende erscheinen und daß überhaupt die Erinnerung an Versailles auch bei dieser Gelegenheit nicht verwischt wird. Das sind lauter ungünstige Vorzeichen, die grell die Gefahr beleuchten, in die sich die deutschen Minister begeben.

Welche Vorschläge erwarten sie, wenn sie von Laval, Henderson und Stimson in die Mitte genommen werden? Auch darüber sieht man nach den letzten Pariser Meldungen, in großen Zügen wenigstens, klar. Zunächst das Angebot eines 2-Milliarden-Kredits. Das ist die Hilfe, die wir dringend brauchen, um die abgezogenen 4 Milliarden Auslandskredite zur Hälfte wieder zu ersetzen und die deutsche Geldkrise in Ruhe abzuwickeln. Es scheint, daß zunächst an eine kurzfristige Bereitstellung der amerikanischen, englischen und französischen Staatsbanken gedacht ist, die dann in eine langfristige Anleihe umgewandelt werden soll. Aber unter welchen Bedingungen? Das ist die entscheidende Frage, von der das Schicksal Deutschlands und Europas abhängt. Man kann auf den ersten Blick zwei Gruppen von Bedingungen unterscheiden: finanzielle und politische, ohne mit Sicherheit sagen zu können, was davon in den amtlichen Plan gehört und was bloße Anregungen und Wünsche sind. Daß kein Gläubiger solche Summen ohne eine gewisse finanzielle Sicherheit hergibt, ist selbstverständlich. Darum ist gegen die verlangte Garantie der Anleihe durch die dauernden Einnahmen des Reiches nichts zu sagen. Aber das müßte auch genügen. Alle darüber hinausgehenden Forderungen sind teils bedenklich, teils unannehmbar. Die Verpfändung der Zölle oder der Reichsbahneinnahmen wäre ein Rückfall in Poincarés „produktive Pfänder", die wir uns unter schweren Opfern vom Halse geschafft haben. Die gleichfalls angeregte Ueberwachung der deutschen Finanzgebarung durch einen Ausschuß des Völkerbundes, dem die Haushaltpläne von Reich, Ländern und Gemeinden vorgelegt werden müßten, wäre nichts anderes als die Finanzkontrolle, auch wenn noch so treuherzig versichert wird, daß dem Reich damit keine Einschränkungen in der Ausgabenpolitik auferlegt würden. Der Pferdefuß käme eben nachträglich zum Vorschein. Mit Recht bemerkt das Organ der regierenden englischen Labourpartei, daß Deutschland mit solchen Bedingungen auf die Stufe Chinas und der Türkei in den schlimmsten Zeiten der Fremdherrschaft herabgedrückt würde. Den deutschen Unterhändlern ist damit das Stichwort in den Mund gelegt. Noch unmöglicher, wenn es überhaupt eine solche Steigerung gibt, ist das französische Ansinnen, daß Deutschland ein Versprechen für die Wiederausführung des Youngplanes nach Ablauf des Hooverfeierjahres geben soll. Also eine neue Unterschrift unter die Reparationsregelung, die auch nach Ansicht der einsichtigen Teile des Auslandes bereits mausetot ist. Eine solche Zusage wäre glatter Betrug; denn noch sicherer als bei der Annahme des Dawes- und Youngplanes, mit hundertprozentiger Gewißheit, wissen wir heute, daß wir damit Unausführbares versprechen würden. Die Zeiten für solchen Wahnsinn sind endgültig vorbei. Und alles, was über die einfache Reichsgarantie für eine Auslandsanleihe hinausgeht, ist vom Uebel.

Was nun die sogenannten „politischen Garantien" betrifft, auf die es Frankreich hauptsächlich ankommt, so ist zu bemerken, daß in der Formulierung derselben eine Wandlung eingetreten ist, allerdings nicht zum Besseren. Es ist jetzt weniger von konkreten Punkten die Rede, wie Zollunion, Panzerschiff, Ostlocarno, sondern man gebraucht mehr verschleiernde, allgemeine Formeln. Man spricht davon, daß man mit Deutschland in ein besseres Verhältnis kommen wolle, daß ein politisches Moratorium eintreten solle und daß die deutsche Regierung eben ihre Einstellung ändern müsse. Wir sind zu oft hereingefallen, als daß wir in so harmlosen Worten nicht die Falle wittern müßten. Ein besseres Verhältnis zu Frankreich würde in Deutschland niemand ablehnen, wenn es auf einer Grundlage zustande käme, die beide Völker zu ihrem Recht kommen ließe. Aber so ist es in Paris nicht gemeint, das verraten die Untertöne all dieser Lockungen. Wenn immer wieder von der Respektierung des status quo die Rede ist, so wissen wir zur Genüge, worauf das Manöver hinausläuft: auf eine deutsche Bindung an die Basis von Versailles, auf die Festlegung einer Außen- und Innenpolitik, die Frankreich genehm ist, indem sie das Wort Revision nicht mehr aus-

Zuchthaus für Kapital- und Steuerflucht

Treviranus über die Notverordnung gegen Kapitalflucht und den Abbau der Zahlungssperre

Berlin, 17. Juli. Reichsminister Treviranus sprach am Freitagabend im Rundfunk zur politischen Lage. Im Verlaufe seiner Ausführungen kündigte der Minister an, daß ab Montag bis Donnerstag nächster Woche eine weitere Lockerung der Zahlungsüberweisung eintreten werde. Es solle die Möglichkeit gegeben werden, Sparguthaben bis zu 20 Mark täglich abzuheben. Von laufenden Konten dürften bis 100 Mark, im Ueberweisungsverkehr bis 2000 Mark und in engerem Kreise der Banken bis 15 000 Mark erhoben werden. Ferner solle das Wechselmoratorium abgebaut werden. Weiter kündigte der Minister an, daß die morgige Notverordnung gegen Kapital- und Steuerflucht jedem genügend Zeit zur Mitteilung an das Finanzamt und die Reichsbank geben werde. Wer diese Frist zur Anmeldung nicht einhalte, werde rücksichtslos mit Zuchthaus, Gefängnisstrafen und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft. Dem Auslande müsse erklärt werden, so betonte der Minister weiter, daß Deutsche jetzt im Auslande ihr Geld nicht verbrauchen könnten. Ab morgen habe jeder

beim Grenzübertritt 100 Reichsmark für jeden Paß

mit Ausnahme der Wanderarbeiter und des kleinen Grenzverkehrs zu zahlen.

Die Augen der ganzen Welt, so führte der Minister weiter aus, seien jetzt auf die Männer gerichtet, die nach Paris fahren; ein 65 Millionen-Volk warte darauf, wieder in Frieden und Freiheit zu leben. Die Opfer, die wir zu bringen bereit seien, dürften jedoch nicht auf Kosten unseres nationalen Stolzes gebracht werden. Die Reichsregierung habe mit ihren jüngsten Notverordnungen nicht die Kapitalnot beseitigen können. Nur die stärksten Stauungen seien gemildert worden. Die Lockerungen würden planmäßig weiterverfolgt werden. Der Bestand der Wirtschaft hänge davon ab, daß die Sparer das Vertrauen haben, daß die Wirtschaft ehrlich mit diesem Gelde wirtschafte.

Am Schlusse seiner Ausführungen erklärte der Minister, daß man sich durch die Stundung der Tributlasten nicht zu der Meinung verführen lassen dürfe, daß nun das goldene Zeitalter begonnen habe. Schweres stehe noch bevor. Dringend mahnte der Minister zur Einigkeit und Geschlossenheit. Nation zu sein sei kein Vergnügen, sondern ein Kampf.

Nach langem Zögern

Paris, 17. Juli. Die französische Regierung hat nach langem Zögern und als letzte der eingeladenen Mächte ihr grundsätzliches Einverständnis mit der Fortsetzung der politischen Aussprache in London erklärt. Auch die französischen Minister werden demnach zusammen mit den anderen Ministern am Sonntagnachmittag die Reise nach London antreten. Der vorbereitende Charakter der Pariser Zusammenkunft ist damit endgültig von allen Mächten anerkannt.